






Volksinitiative 1:12

Lehrerinformation



1/7

Arbeitsauftrag 	<p>Die Volksinitiative „1:12“ der Juso (Jungsozialisten) wird den Schülern in einem Vortrag vorgestellt. Sie werden aufgefordert, sich mit Pro- und Kontra-Argumenten der Initiative auseinanderzusetzen.</p>
Ziel 	<p>Die Schüler lernen die Volksinitiative näher kennen, welche Argumente dafür und dagegen sprechen und wie sie sich informieren können.</p>
Material 	<p>Initiativtext Informationstext Arbeitsblatt Lösungen</p>
Sozialform 	<p>EA Plenum</p>
Zeit 	<p>45'</p>

Weitere Positionen und umfangreichere Materialien unter:

- Zusätzliche Informationen:
- <http://www.1-12-nein.ch/>
 - http://www.parlament.ch/D/Suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20120017
 - <http://www.juso.ch/>

Volksinitiative 1:12

Initiativtext



2/7

Information:

Sie erhalten eine kurze Einführung in die Vorlage und lernen deren Entstehungsgeschichte kennen. Danach erhalten Sie ein Argumentarium (Zusammenstellung von Argumenten die eine Position vertreten) mit welchem Sie die Übung lösen können.

Gesetzestext

Die Initiative verlangt, dass die Bundesverfassung wie folgt geändert wird:

I. Die Bundesverfassung (SR 101) wird wie folgt geändert:

Art. 110a (neu) Lohnpolitik

1 Der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn darf nicht höher sein als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes. Als Lohn gilt die Summe aller Zuwendungen (Geld und Wert der Sach- und Dienstleistungen), welche im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden.

2 Der Bund erlässt die notwendigen Vorschriften. Er regelt insbesondere:

a. die Ausnahmen, namentlich betreffend den Lohn für Personen in Ausbildung, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Menschen mit geschützten Arbeitsplätzen;

b. die Anwendung auf Leiharbeits- und Teilzeitarbeitsverhältnisse.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff.8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 110a (Lohnpolitik)

Tritt die Bundesgesetzgebung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme von Artikel 110a durch Volk und Stände in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen bis zum Inkrafttreten der Bundesgesetzgebung

Volksinitiative 1:12

Informationstext



3/7

Die Volksinitiative

Worum geht es?

Am 24. November 2013 werden Volk und Stände über die von den Jungsozialisten (Jungpartei der SP) und weiteren linken Kreisen stammende Volksinitiative 1:12 abstimmen. Der Bundesrat, die Mehrheit von Stände- und Nationalrat sowie die Parteien FDP, CVP/EVP, SVP, BDP und GLP bekämpfen diesen Angriff auf die Schweizer Wirtschaft. Lediglich die SP und die Grünen unterstützen das Anliegen.

Die Initianten der 1:12-Initiative möchten in der Bundesverfassung festlegen, dass innerhalb eines Unternehmens in einem Jahr niemand weniger verdienen darf als der bestbezahlte Mitarbeiter in einem Monat, oder niemand mehr als das Zwölfwache des niedrigsten Jahreslohns. Damit verfolgt die Initiative einerseits Umverteilungsziele und möchte andererseits Lohnexzesse verhindern, die sie als Marktversagen sieht.

Neben der Kontrolle und Beschränkung von Managerlöhnen verfolgt die Initiative auch das Ziel einer stärkeren Umverteilung. Eine Lohnbegrenzung ist allerdings für Verteilungszwecke ungeeignet und kann sogar gegenteilige Effekte haben. Falls eine gleichmässige Verteilung von Einkommen oder Vermögen politisch gewünscht ist, dann ist dies nicht durch Eingriffe in die Lohnpolitik mit schwer kontrollierbaren Auswirkungen, sondern am effizientesten mit einer Anpassung des Steuer- und Transfersystems zu erreichen.

Auswirkungen

Heute ist die Festsetzung der Löhne weitgehend Sache der Unternehmen und ihrer Mitarbeitenden, welche die Löhne direkt oder in einem Gesamtarbeitsvertrag aushandeln. Die Umsetzung der Initiative würde hohe Löhne in der Schweiz verbieten. Hohe Lohnanteile würden faktisch voll besteuert, ohne dass dabei aber Steuereinnahmen generiert würden, die zur Finanzierung von Staatsaufgaben verwendet werden könnten. Deshalb wäre auch eine Abwanderung von schweizerischen und ausländischen Spitzenverdienern wahrscheinlich, die künftig ihr Einkommen nicht mehr in der Schweiz versteuern würden.

Aufgrund des progressiv ausgestalteten Tarifs der direkten Bundessteuer und der Einkommensteuern in den Kantonen tragen bereits heute die Steuerpflichtigen mit zunehmendem Einkommen einen zunehmend hohen Beitrag zum Steueraufkommen bei. Beispielsweise tragen die 2% Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen 47% der direkten Bundessteuer, deren Ertrag allen zugutekommt. Ähnlich wie das Steuersystem wirkt auch die AHV stark umverteilend, da keine Obergrenze für die Beitragspflicht besteht. Hingegen ist bei hohen Einkommen nur ein Teil der Beiträge rentenbildend. Mit der Beschränkung von hohen Löhnen hätte die 1:12-Initiative Auswirkungen auf dieses bestehende Umverteilungssystem, weil der Wegfall hoher Löhne das Steuersubstrat und die AHV-Beiträge reduziert.

Ausweichmöglichkeiten

Es bestehen verschiedene Möglichkeiten, der 1:12-Regelung auszuweichen. So könnten Unternehmen eine Deckelung der Löhne umgehen, indem sie sich neu organisieren und einzelne Mitarbeiterkategorien in separate Unternehmen auslagern. Auch besteht die Gefahr, dass insbesondere Niedriglohnjobs an anderen Unternehmen ausgegliedert werden (Outsourcing). Von der Initiative dürften primär Grossunternehmen betroffen sein; bei KMU ist die Lohnspanne tendenziell tiefer und Selbständigerwerbende erfüllen die 1:12-Vorgabe jedenfalls.

Volksinitiative 1:12

Arbeitsblatt



4/7

Aufgabe:

Die Argumente der Gegner sind durcheinandergelassen. Führen Sie die korrekten Entgegnungen (A–I) den Argumenten der Befürworter (1–9) zu.

Argumente Befürworter	Entgegnungen
1. Mit der 1:12-Initiative werden den Manager-Gehältern Schranken gesetzt, damit die Löhne aller wieder steigen.	A) 1. Das ist reinste Klassenkampfrhetorik der Gewerkschaften. Von „Wegnehmen“ kann und darf keine Rede sein. Wenn jemandem etwas weggenommen wird, dann den Aktionären, denen eine kleinere Dividende bleibt. 2. Zudem: Das Volk hat bereits mit der Minder-Initiative die Aktionärsrechte gestärkt, um den Lohnexzessen weniger Manager einen Riegel vorzuschieben.
2. Soziale Ungleichheit ist die grösste Bedrohung für die Schweiz. Die Umverteilung von unten nach oben wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten von den rechten Mehrheiten im Parlament und im Bundesrat organisiert.	B) 1. Nein. Die Schweiz verteilt ein Grossteil der Einkommen um (a) über das Steuersystem, (b) über Sozialversicherungen, (c) via Transferzahlungen (z.B. Verbilligung Krankenkassenprämien). 2. Gutverdienende zahlen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Situation mehr Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. So zahlen die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen rund 75 Prozent der direkten Bundessteuer. 3. Berücksichtigt man die Umverteilung nach Steuern, so liegen die wahren Lohnverhältnisse wesentlich tiefer. Exemplarisch lässt sich dies an einem Beispiel aus Basel zeigen. Person X verfügt über einen Lohn von 600'000 Franken, Person Y verdient 50'000 Franken (Verhältnis 1:12). X bezahlt 210'000 Franken Steuern, Y erhält eine Steuerrechnung über 6300 Franken. Damit sinkt das effektive Lohnverhältnis nach Abzug der Steuern auf etwas weniger als 1:9 (390'000 zu 43'700 Franken).
3. Millionensaläre kann nur bezahlen, wer anderen etwas wegnimmt.	C) 1. Es ist reines Wunschdenken, dass mit Annahme der Initiative die Löhne steigen. Die Erfahrungen lehren das Gegenteil. Die Initiative führt zu unerwünschten wirtschaftlichen Anreizen, indem gerade Arbeitsplätze im Tieflohnbereich ausgelagert werden. 2. Die Juso-Initiative ist darum der falsche Weg und macht leere Versprechungen. Dieses Eigengood muss verhindert werden. Gezielt wird auf Manager, getroffen werden Arbeitnehmer mit den tiefsten Löhnen und der Mittelstand. 3. Es ist zudem ein Trugschluss zu glauben, dass eine Beschränkung der höchsten Löhne zu mehr Gerechtigkeit führt. Denn die Reichen bezahlen einen Grossteil der Steuern und Sozialabgaben. Allein die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen bezahlen rund 75 Prozent aller direkten Bundessteuern.
4. Die Lohnschere öffnet sich.	D) 1. Das ist reine Empörungsbewirtschaftung. Die Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik (2011) relativiert das Bild. Die tiefsten Löhne stiegen zwischen 1994 und 2010 um 1,4 Prozent, während der Medianlohn lediglich um 1,3 Prozent anstieg. Die Löhne sind nicht auf Kosten der Schwächsten gestiegen. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat sich in der Schweiz keine Lohnschere geöffnet. 2. Auch der Einkommensanteil der bestverdienenden 10 Prozent erhöhte sich kaum und bewegte sich von 1993 bis 2008 zwischen 29,65 Prozent und 33,63 Prozent. Nur die Löhne der Top 0,1 Prozent mit einem Durchschnittseinkommen von 2,7 Millionen Franken konnten einen Zuwachs von 29 Prozent durchbuchten. Dieser Zuwachs ist mit Erfolgsbeteiligungen und der Zuwanderung von Spitzenverdienern in die Schweiz zu erklären. Nur wegen diesen wenigen Personen kommt der SGB auf das grosse Wachstum der Lohnbandbreiten (Mikro- vs. Makro-Perspektive). 3. Studien der OECD zeigen, dass die Schweiz zu den Ländern mit der fairsten Lohnverteilung gehört. Der Gini-Index, das Mass wie die Lohnunterschiede gemessen werden, ist in der Schweiz seit den 80er Jahren konstant geblieben. 4. Auch der Bundesrat bestätigt diese Zahlen in seiner Botschaft zur 1:12 Initiative ans Parlament: „Die Verteilung der verfügbaren Einkommen, d.h. nach Abzug sozialer Transfers, war 2008 sogar leicht ausgeglichener als im Jahr 1998 (S. 643)“.

Volksinitiative 1:12

Arbeitsblatt

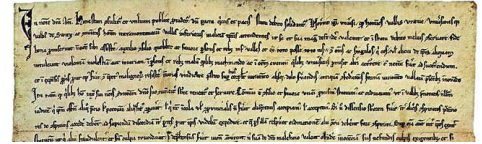


5/7

<p>5. Reiche werden immer reicher.</p>	<p>E) 1. Das ist schlicht falsch. Die Armutsquote bei Erwerbstätigen ging in der Schweiz von 5,2 Prozent (2008) auf 3,5 Prozent (2010) zurück. 2. Auch die Zahlen des Verteilungsberichts des SGB belegen, dass die untersten Einkommen stärker zugelegt haben als die mittleren Einkommen.</p>
<p>6. Der soziale Friede in der Schweiz ist in Gefahr. Deshalb muss das Volk Gegensteuer geben.</p>	<p>F) 1. Das ist eine einzige Statistik der internationalen Arbeitsorganisation ILO. Diese Zahlen berücksichtigen weder das in der 2. und 3. Säule angesparte Kapital (rund 700 Milliarden Franken) noch die Marktwerte der Immobilien (berücksichtigt ist nur der Steuerwert). Letztere gehen oft um die Hälfte oder mehr unter dem Marktwert in die Statistik ein. Somit werden die zwei wichtigsten Vermögenswerte privater Haushalte von der ILO-Studie ignoriert oder stark untergewichtet. 2. Würde man die Vermögensstatistik um diese Unsauberkeiten bereinigen und zudem Haushalte statt Einzelpersonen als Bezugsgrößen wählen, würde mehr als ein Fünftel (22 Prozent) der Haushalte in der Schweiz über ein Vermögen von mehr als 1 Million Franken verfügen. Weltweit liegen nur Singapur und Hongkong darüber. 3. Die Vermögensverteilung ist in der Schweiz seit 100 Jahren extrem stabil.</p>
<p>7. Es gibt immer mehr „Working Poor“, Personen die voll arbeiten, aber nicht genug verdienen, um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können.</p>	<p>G) 1. Direkt betroffen sind mindestens 10'000-12'000 Angestellte. Viele davon arbeiten tatsächlich bei den international tätigen Konzernen. Unter die 1:12-Initiative können aber beispielsweise auch Eigentümer von KMUs, Arztpraxen und Anwaltskanzleien fallen, die ihrerseits Personen beschäftigen. 2. Betroffen sind alle Arbeitgeber sowie der ganze Mittelstand. Eine Begrenzung der höchsten Löhne führt zu Steuerausfällen und Löchern bei der AHV in Milliardenhöhe. Diese Löcher müssen über höhere Lohnnebenkosten und höhere Steuern kompensiert werden. 3. Das Engagement des Gewerbeverbandes in diese Kampagne beweist doch, dass es um etwas Grundsätzlicheres geht als um die Löhne einiger Manager. Die 1:12-Initiative will einen Paradigmenwechsel. Das erwiesenermassen erfolgreiche, über 100 Jahre alte System der Sozialpartnerschaft soll ersetzt werden durch ein staatlich durchgesetztes und mit viel Bürokratie kontrolliertes Lohndiktat. Das gilt es zu verhindern, schliesslich will niemand Verhältnisse wie in Frankreich, Spanien oder Griechenland.</p>
<p>8. Keine Leistung kann 200 Mal mehr wert sein als die Leistung einer anderen Person.</p>	<p>H) 1. Welchen Wert etwas hat, ist immer subjektiv. Für den einen ist ein Auto ein Auto, der andere sieht grosse Unterschiede zwischen einem Fiat und einem Ferrari. Alle, die Bananen nicht mögen, werden nie auch nur einen Rappen dafür ausgeben. Für den Staat ist es darum unmöglich einen allgemeinen Wert zu definieren. Er würde keinem gerecht. Doch genau diese Absurdität strebt die Initiative an. 2. Wir haben im Kommunismus gesehen, was passiert, wenn der Staat versucht, alle gleich zu machen.</p>
<p>9. Die KMU sind nicht betroffen. Betroffen sind lediglich rund 1000 Unternehmen und wenige Abzocker.</p>	<p>I) 1. Eine ganze Reihe von Initiativen verspricht die sozialpolitische Wende. Ziel ist es, Unternehmer zu entmündigen und unter staatliche Aufsicht zu stellen. Ziel ist eine Verstärkung der Umverteilung. Die Rhetorik erinnert stellenweise an den Klassenkampf von einst. Staatliche Bevormundung soll dabei Selbstbestimmung und Eigenverantwortung ablösen. 2. Wo das Hinführt können wir zum Beispiel in Frankreich oder Griechenland sehen. Armut und Arbeitslosigkeit statt Arbeit! 35-Stundenwoche, die schiere Unmöglichkeit Personen zu entlassen, Mindestlöhne etc. führen nicht zu einer höheren Lebensqualität oder einem besseren Lebensstandard – im Gegenteil. 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und 55 Prozent in Spanien widerspiegeln die Perspektivenlosigkeit sozialistischer Politik. Eine sozialistische Wende, unter welchem Deckmantel auch immer, führt unweigerlich in die wirtschaftliche, gesellschaftliche und finanzpolitische Misere. In diese Sackgasse darf die Schweiz nicht einbiegen. 3. Eine sozialpolitische Wende bedeutet eine Abkehr vom liberalen Arbeitsmarkt und damit ein Preisgeben aller Vorteile, welche der Schweiz zu einer guten Wirtschaftslage verhelfen.</p>

Volksinitiative 1:12

Lösung

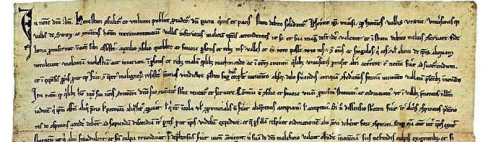


Lösung:

Argumente Befürworter	Entgegnungen
<p>1. Mit der 1:12-Initiative werden den Manager-Gehältern Schranken gesetzt, damit die Löhne aller wieder steigen.</p>	<p>C)</p> <ol style="list-style-type: none"> Es ist reines Wunschenken, dass mit Annahme der Initiative die Löhne steigen. Die Erfahrungen lehren das Gegenteil. Die Initiative führt zu unerwünschten wirtschaftlichen Anreizen, indem gerade Arbeitsplätze im Tieflohnbereich ausgelagert werden. Die Juso-Initiative ist darum der falsche Weg und macht leere Versprechungen. Dieses Eigengoal muss verhindert werden. Gezielt wird auf Manager, getroffen werden Arbeitnehmer mit den tiefsten Löhnen und der Mittelstand. Es ist zudem ein Trugschluss zu glauben, dass eine Beschränkung der höchsten Löhne zu mehr Gerechtigkeit führt. Denn die Reichen bezahlen einen Grossteil der Steuern und Sozialabgaben. Allein die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen bezahlen rund 75 Prozent aller direkten Bundessteuern.
<p>2. Soziale Ungleichheit ist die grösste Bedrohung für die Schweiz. Die Umverteilung von unten nach oben wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten von den rechten Mehrheiten im Parlament und im Bundesrat organisiert.</p>	<p>I)</p> <ol style="list-style-type: none"> Eine ganze Reihe von Initiativen verspricht die sozialpolitische Wende. Ziel ist es, Unternehmer zu entmündigen und unter staatliche Aufsicht zu stellen. Ziel ist eine Verstärkung der Umverteilung. Die Rhetorik erinnert stellenweise an den Klassenkampf von einst. Staatliche Bevormundung soll dabei Selbstbestimmung und Eigenverantwortung ablösen. Wo das Hinführt können wir zum Beispiel in Frankreich oder Griechenland sehen. Armut und Arbeitslosigkeit statt Arbeit! 35-Stundenwoche, die schiere Unmöglichkeit Personen zu entlassen, Mindestlöhne etc. führen nicht zu einer höheren Lebensqualität oder einem besseren Lebensstandard – im Gegenteil. 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und 55 Prozent in Spanien widerspiegeln die Perspektivlosigkeit sozialistischer Politik. Eine sozialistische Wende, unter welchem Deckmantel auch immer, führt unweigerlich in die wirtschaftliche, gesellschaftliche und finanzpolitische Misere. In diese Sackgasse darf die Schweiz nicht einbiegen. Eine sozialpolitische Wende bedeutet eine Abkehr vom liberalen Arbeitsmarkt und damit ein Preisgeben aller Vorteile, welche der Schweiz zu einer guten Wirtschaftslage verhelfen.
<p>3. Millionensaläre kann nur bezahlen, wer anderen etwas wegnimmt.</p>	<p>A)</p> <ol style="list-style-type: none"> Das ist reinste Klassenkampfrhetorik der Gewerkschaften. Von „Wegnehmen“ kann und darf keine Rede sein. Wenn jemandem etwas weggenommen wird, dann den Aktionären, denen eine kleinere Dividende bleibt. Zudem: Das Volk hat bereits mit der Minder-Initiative die Aktionärsrechte gestärkt, um den Lohnexzessen weniger Manager einen Riegel vorzuschieben.
<p>4. Die Lohnschere öffnet sich.</p>	<p>D)</p> <ol style="list-style-type: none"> Das ist reine Empörungsbewirtschaftung. Die Lohnstrukturhebung des Bundesamts für Statistik (2011) relativiert das Bild. Die tiefsten Löhne stiegen zwischen 1994 und 2010 um 1,4 Prozent, während der Medianlohn lediglich um 1,3 Prozent anstieg. Die Löhne sind nicht auf Kosten der Schwächsten gestiegen. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat sich in der Schweiz keine Lohnschere geöffnet. Auch der Einkommensanteil der bestverdienenden 10 Prozent erhöhte sich kaum und bewegte sich von 1993 bis 2008 zwischen 29,65 Prozent und 33,63 Prozent. Nur die Löhne der Top 0,1 Prozent mit einem Durchschnittseinkommen von 2,7 Millionen Franken konnten einen Zuwachs von 29 Prozent verbuchen. Dieser Zuwachs ist mit Erfolgsbeteiligungen und der Zuwanderung von Spitzenverdienern in die Schweiz zu erklären. Nur wegen diesen wenigen Personen kommt der SGB auf das grosse Wachstum der Lohnbandbreiten (Mikro- vs. Marko-Perspektive). Studien der OECD zeigen, dass die Schweiz zu den Ländern mit der fairsten Lohnverteilung gehört. Der Gini-Index, das Mass wie die Lohnunterschiede gemessen werden, ist in der Schweiz seit den 80er Jahren konstant geblieben. Auch der Bundesrat bestätigt diese Zahlen in seiner Botschaft zur 1:12 Initiative ans Parlament: „Die Verteilung der verfügbaren Einkommen, d.h. nach Abzug sozialer Transfers, war 2008 sogar leicht ausgeglichener als im Jahr 1998 (S. 643)“.

Volksinitiative 1:12

Lösung



7/7

<p>5. Reiche werden immer reicher.</p>	<p>F)</p> <ol style="list-style-type: none"> Das ist eine einzige Statistik der internationalen Arbeitsorganisation ILO. Diese Zahlen berücksichtigen weder das in der 2. und 3. Säule angesparte Kapital (rund 700 Milliarden Franken) noch die Marktwerte der Immobilien (berücksichtigt ist nur der Steuerwert). Letztere gehen oft um die Hälfte oder mehr unter dem Marktwert in die Statistik ein. Somit werden die zwei wichtigsten Vermögenswerte privater Haushalte von der ILO-Studie ignoriert oder stark untergewichtet. Würde man die Vermögensstatistik um diese Unsauberkeiten bereinigen und zudem Haushalte statt Einzelpersonen als Bezugsgrößen wählen, würde mehr als ein Fünftel (22 Prozent) der Haushalte in der Schweiz über ein Vermögen von mehr als 1 Million Franken verfügen. Weltweit liegen nur Singapur und Hongkong darüber. Die Vermögensverteilung ist in der Schweiz seit 100 Jahren extrem stabil.
<p>6. Der soziale Friede in der Schweiz ist in Gefahr. Deshalb muss das Volk Gegensteuer geben.</p>	<p>B)</p> <ol style="list-style-type: none"> Nein. Die Schweiz verteilt einen Grossteil der Einkommen um (a) über das Steuersystem, (b) über Sozialversicherungen, (c) via Transferzahlungen (z.B. Verbilligung Krankenkassenprämien). Gutverdienende zahlen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Situation mehr Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. So zahlen die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen rund 75 Prozent der direkten Bundessteuer. Berücksichtigt man die Umverteilung nach Steuern, so liegen die wahren Lohnverhältnisse wesentlich tiefer. Exemplarisch lässt sich dies an einem Beispiel aus Basel zeigen. Person X verfügt über einen Lohn von 600'000 Franken, Person Y verdient 50'000 Franken (Verhältnis 1:12). X bezahlt 210'000 Franken Steuern, Y erhält eine Steuerrechnung über 6300 Franken. Damit sinkt das effektive Lohnverhältnis nach Abzug der Steuern auf etwas weniger als 1:9 (390'000 zu 43'700 Franken).
<p>7. Es gibt immer mehr „Working Poor“, Personen die voll arbeiten, aber nicht genug verdienen, um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können.</p>	<p>E)</p> <ol style="list-style-type: none"> Das ist schlicht falsch. Die Armutsquote bei Erwerbstätigen ging in der Schweiz von 5,2 Prozent (2008) auf 3,5 Prozent (2010) zurück. Auch die Zahlen des Verteilungsberichts des SGB belegen, dass die untersten Einkommen stärker zugelegt haben als die mittleren Einkommen.
<p>8. Keine Leistung kann 200 Mal mehr wert sein als die Leistung einer anderen Person.</p>	<p>H)</p> <ol style="list-style-type: none"> Welchen Wert etwas hat, ist immer subjektiv. Für den einen ist ein Auto ein Auto, der andere sieht grosse Unterschiede zwischen einem Fiat und einem Ferrari. Alle, die Bananen nicht mögen, werden nie auch nur einen Rappen dafür ausgeben. Für den Staat ist es darum unmöglich einen allgemeinen Wert zu definieren. Er würde keinem gerecht. Doch genau diese Absurdität strebt die Initiative an. Wir haben im Kommunismus gesehen, was passiert, wenn der Staat versucht, alle gleich zu machen.
<p>9. Die KMU sind nicht betroffen. Betroffen sind lediglich rund 1000 Unternehmen und wenige Abzocker.</p>	<p>G)</p> <ol style="list-style-type: none"> Direkt betroffen sind mindestens 10'000-12'000 Angestellte. Viele davon arbeiten tatsächlich bei den international tätigen Konzernen. Unter die 1:12-Initiative können aber beispielsweise auch Eigentümer von KMUs, Arztpraxen und Anwaltskanzleien fallen, die ihrerseits Personen beschäftigen. Betroffen sind alle Arbeitgeber sowie der ganze Mittelstand. Eine Begrenzung der höchsten Löhne führt zu Steuerausfällen und Löchern bei der AHV in Milliardenhöhe. Diese Lächer müssen über höhere Lohnnebenkosten und höhere Steuern kompensiert werden. Das Engagement des Gewerbeverbandes in diese Kampagne beweist doch, dass es um etwas Grundsätzlicheres geht als um die Löhne einiger Manager. Die 1:12-Initiative will einen Paradigmenwechsel. Das erwiesenermassen erfolgreiche, über 100 Jahre alte System der Sozialpartnerschaft soll ersetzt werden durch ein staatlich durchgesetztes und mit viel Bürokratie kontrolliertes Lohndiktat. Das gilt es zu verhindern, schliesslich will niemand Verhältnisse wie in Frankreich, Spanien oder Griechenland.